



NEWSLETTER

Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen BMHS

Mai 2026

Schulen brauchen Vertrauen und Unterstützung – keine öffentlichen Rankings

Mit der angekündigten Veröffentlichung von verkürzten Leistungsdaten einzelner Schulen betritt die Politik einen gefährlichen Weg. Was unter dem Schlagwort „Transparenz“ verkauft wird, droht in Wahrheit zu einer öffentlichen Zurschaustellung von Schulstandorten zu werden, mit weitreichenden Folgen für Schüler:innen, Lehrer:innen sowie die gesamte Schulgemeinschaft.

Künftig sollen Ergebnisse der Kompetenzmessungen öffentlich einsehbar sein. Damit wird sichtbar gemacht, welche Schulen im „oberen“, „mittleren“ oder „unteren“ Leistungs-bereich liegen. Offiziell heißt es, man wolle dadurch Orientierung schaffen und Schulentwicklung fördern. Tatsächlich entsteht jedoch ein System, das Schulen miteinander vergleicht, in dem unter anderem schulspezifische Einflussfaktoren auf die Ergebnisse nicht berücksichtigt werden. Dies erzeugt Wettbewerbsdruck, dessen Sinnhaftigkeit stark anzuzweifeln und daher zu hinterfragen ist.

Gerade an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen wissen wir aus der täglichen Praxis: **Bildungserfolg lässt sich nicht auf Zahlen reduzieren.** Schulen arbeiten unter höchst unterschiedlichen Rahmenbedingungen. Viele Standorte betreuen auch Jugendliche mit großen sprachlichen Defiziten, andere begleiten Schüler:in-nen aus sozial benachteiligtem Umfeld mit oft schwierigen Bildungs-biografien. **Wer diese Unterschiede auf eine Leistungskennzahl verkürzt, schafft keine Fairness, sondern verstärkt bestehende Ungleichheiten.**

Die Konsequenz liegt auf der Hand: Schulen werden aus Sicht der Eltern und Schüler:innen, welche sich verständlicherweise an diesen veröffent-

lichten Bewertungen orientieren, rasch als „gut“ oder „schlecht“ wahrgenommen. **Was als Transparenz bezeichnet wird, kann in der Realität zu einem verzerrten Bild über die tatsächlichen Leistungen einzelner Standorte führen.** Besonders betroffen wären jene Schulen, die tagtäglich unter schwierigsten Bedingungen hervorragende pädagogische Arbeit leisten.

Als gewerkschaftliche Vertretung an berufsbildenden Schulen sehen wir diese Entwicklung äußerst kritisch.

Schulen sind keine Unternehmen und Bildung ist kein Produkt, das mit Sternen bewertet werden kann. Pädagogische Qualität entsteht durch Beziehungsarbeit, Engagement und individuelle Förderung – nicht durch öffentliche Rankings. **Daten sind selbstverständlich ein wichtiges Instrument für interne Qualitätsentwicklung** und wissenschaftliche Evaluation. Sie dürfen jedoch **nicht zum Instrument öffentlicher Bewertung** und fragwürdiger Konkurrenz gemacht werden.

Statt Schulen gegeneinander auszuspielen, braucht das Bildungssystem gezielte Unterstützung dort, wo Herausforderungen besonders groß sind. Ein modernes Bildungssystem zeichnet sich nicht dadurch aus, dass es Schulen öffentlich bewertet, sondern dadurch, dass es allen Kindern und Jugendlichen faire Chancen bietet. Transparenz darf niemals auf Kosten von Vertrauen, pädagogischer Freiheit und sozialem Zusammenhalt gehen.

Genau deshalb ist die jüngste Entscheidung zur strukturellen Verankerung von Schulsozialarbeit im Bundesschulbereich ein wichtiger und richtiger Schritt.

Die Schaffung von 65 neuen Bundesplanstellen für Schulsozialarbeit zeigt, dass endlich erkannt wird, wie wichtig psychosoziale Unterstützung an Schulen geworden ist. Gerade an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen nehmen Belastungen bei Jugendlichen seit Jahren spürbar zu. Leistungsdruck, psychische Erkrankungen, familiäre Probleme und Zukunftsängste gehören leider längst zum schulischen Alltag. Schulsozialarbeiter:innen leisten hier unverzichtbare und wertvolle Arbeit. Sie begleiten Schüler:innen in schwierigen Lebenssituationen, entlasten Lehrkräfte und stärken das soziale Miteinander an den Schulen. Dass diese Unterstützung nun erstmals bundesweit strukturiert und dauerhaft abgesichert wird, ist ein positives Signal für das gesamte Bildungssystem.

Aus Sicht der Gewerkschaft ist klar: Wenn wir bessere Ausbildung wollen, dann braucht es Investitionen in Menschen und nicht in öffentliche Vergleichslisten.

Schulen brauchen noch weit mehr Unterstützungspersonal, kleinere Gruppen, ausreichende Ressourcen und professionelle Begleitung durch multiprofessionelle Teams.



Ing. MMag. Pascal Peukert ist Vorsitzender der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen BMHS, Vorsitzender im Fachausschuss BMHS für Wien, Mitglied der Bundesfachgruppe kaufmännische Schulen, Mitglied im Zentralkomitee und Mitglied der Bundesleitung 14-BMHS (GÖD)



Ing. MMag. Pascal Peukert
+43 676 49 66 414
pascal.peukert@my.goed.at

Gehaltstabellen ab 1.7.2026 - 31.7.2027

Mag.ª Lena-Maria Sprung
+43 680 160 17 59
lena-maria.sprung@my.goed.at



Vertragslehrer:innen I L § 90e VBG

in der Entl. Stufe	in der Entlohnungsgruppe			
	I ph	I 1	I 2a2	I 2a1
1	3.688,1	3.475,6	3.162,0	2.963,6
2	3.762,5	3.584,9	3.252,4	3.044,5
3	4.063,6	3.733,9	3.339,7	3.127,5
4	4.364,6	3.989,0	3.451,6	3.230,8
5	4.667,4	4.255,7	3.640,9	3.399,8
6	4.969,7	4.519,6	3.855,8	3.573,3
7	5.274,7	4.778,9	4.081,1	3.753,9
8	5.580,4	5.047,1	4.328,8	3.950,3
9	5.884,2	5.315,0	4.578,4	4.149,4
10	6.191,0	5.564,6	4.830,6	4.351,9
11	6.499,0	5.829,6	5.082,9	4.551,0
12	6.805,8	6.094,9	5.335,2	4.753,1
13	7.111,2	6.361,6	5.587,4	4.955,1
14	7.448,1	6.625,2	5.832,5	5.151,7
15	7.871,3	6.903,3	6.060,7	5.330,9
16	8.278,3	7.155,9	6.301,3	5.520,2
17	8.683,8	7.280,6	6.545,0	5.715,2
18	8.987,6	7.658,6	6.719,8	5.852,9
19	-	-	-	-

Vertragslehrer:innen II L § 90b VBG

in der Entlohnungsgruppe	für jede Jahres- wochenstunde	
	I 1	I 2a2
I ph	3.350,4	1.702,8
I 2a2	1.594,8	1.416,0
I 2a1	1.309,2	-

Vertragslehrer:innen im Pädagogischen Dienst § 46 VBG

Entl. Stufe	Euro	Verweildauer in Jahren
1	3.636,4	3,5
2	4.138,2	5
3	4.641,2	5
4	5.144,3	6
5	5.647,6	6
6	6.150,9	6
7	6.461,6	-

Leiter:innen von Unterrichtsanstalten § 106 Abs. 2 Z 10 LDG

Dienst- zulagen- gruppe	in den Stufen		
	1	2	3
I	826,4	882,6	937,4
II	769,8	823,1	874,0
III	634,2	677,5	719,6
IV	564,7	603,8	641,4
V	379,8	404,3	430,6
VI	316,3	338,1	358,2

Erzieher:innenzulage § 60a GehG

Verwendungsguppe	in der Zulagenstufe				
	1	2	3	4	5
L 1	663,1	728,2	839,4	949,1	1.058,8
L 2a	592,3	640,0	725,2	827,6	931,9
L 2b	481,2	550,5	625,3	647,2	686,4
L 3	423,3	443,4	484,1	527,2	571,9

Referenzbetrag § 3 Abs 4 GehG 3.522,35



Für Pädagog:innen
& Schulverwaltung
**Gemeinsam
besser
geschützt.**
Mit der Spezialistin für den
öffentlichen Sektor.



Inklusion sollte nicht bei unseren Schüler:innen enden

Inklusion von Schüler:innen ist in den letzten Jahren an unseren Schulen immer wichtiger geworden – und das ist gut so. Als FSG BMHS ist es unser bildungspolitisches Anliegen, dass jedes Kind die beste Bildung erhält, unabhängig vom Elternhaus oder von individuellen Voraussetzungen. Zugang zu Bildung und deren Qualität darf keine Frage von Herkunft oder persönlichen Einschränkungen sein.

Doch Inklusion endet nicht bei Schüler:innen. Auch die Inklusion von Lehrer:innen verdient deutlich mehr Aufmerksamkeit – ein Thema, mit dem wir uns in den kommenden Monaten und Jahren noch intensiver beschäftigen wollen.

Viele Kolleg:innen stoßen im Schulalltag noch immer auf Hürden, die beseitigt gehören. In zahlreichen Schulgebäuden gibt es nach wie vor sichtbare Barrieren. **Barrierefreiheit bedeutet nicht nur die Existenz eines Aufzugs.** Klassenräume, Lehrer:innenzimmer und Präsentationsmöglichkeiten müssen so gestaltet sein, dass sie auch von Kolleg:innen mit

körperlichen Einschränkungen problemlos genutzt werden können. Ebenso wichtig ist die Bereitstellung von technischen Hilfsmitteln und passenden Rahmenbedingungen für Kolleg:innen mit Seh- oder Hörbeeinträchtigungen, damit sie ihren Beruf ohne zusätzliche Hindernisse ausüben können.

Abseits dessen gibt es viele **unsichtbare Herausforderungen.** Kolleg:innen mit Lese-/Rechtschreibschwierigkeiten oder ADHS kämpfen oft mit **unnötiger Bürokratie, komplizierten Formularen oder fehlender Unterstützung im Arbeitsalltag.** Auch psychische Belastungen oder chronische Erkrankungen werden im Schulbetrieb häufig noch zu wenig mitgedacht. Dabei braucht es flexible Lösungen, Verständnis und ein Arbeitsumfeld, das Vielfalt nicht nur akzeptiert, sondern aktiv unterstützt.

Hinzu kommt, dass viele Kolleg:innen, aus Angst missverstanden oder als weniger belastbar wahrgenommen zu werden ihre eigenen Herausforderungen im Schulalltag oft nicht offen ansprechen. Dadurch bleibt

notwendige Unterstützung häufig aus. Gerade im Schulbereich, wo Einsatzbereitschaft und Verlässlichkeit eine große Rolle spielen, entsteht schnell der Druck, stets allem gerecht werden zu müssen. Umso wichtiger ist eine Schulkultur, in der Offenheit möglich ist und Unterstützung selbstverständlich angenommen werden kann.

Für uns ist klar: Inklusion von Lehrer:innen muss auch selbstverständlich werden.

Sind Sie selbst betroffen? Haben Sie Fragen oder Anliegen? Dann wenden Sie sich gerne an mich!



Mag.ª Lena-Maria Sprung ist Mitglied im Fachausschuss BMHS für Wien, Mitglied im Zentralausschuss und Mitglied der Bundesleitung 14-BMHS (GÖD)



Bundestag der GÖD-BMHS

Am 28. und 29. April fand der Bundestag der GÖD-BMHS statt.

Der Besuch unseres Bundestages durch Bundesminister Christoph Wiederkehr sowie GÖD-Vorsitzenden Eckehard Quin unterstreicht die hohe Wertschätzung für die Arbeit der Bundesleitung 14 BMHS. Beide Redner setzten in ihren Ansprachen bemerkenswerte Impulse und beleuchteten zentrale Aspekte der Bildungspolitik sowie der Sozialpartnerschaft auf äußerst interessante und differenzierte Weise.

Die Veranstaltung bot viele gute Gelegenheiten zum Austausch. Neben dem persönlichen Austausch mit Kolleg:innen aus allen Bundesländern und Schultypen standen vor allem aktuelle bildungspolitische und dienstrechtliche Themen im Mittelpunkt. Gerade der direkte Dialog zwischen Kolleg:innen aus allen Bundesländern und allen Schultypen zeigte einmal mehr, wie wichtig gemeinsame Positionen und eine starke Interessenvertretung für den Schulbereich sind.

Ein wichtiger Programmpunkt war die Neuwahl der Bundesleitung für die nächsten fünf Jahre. Aufgrund der

gestiegenen GÖD-Mitgliederzahlen und der guten Wahlergebnisse im November 2024 ist es besonders erfreulich, dass die **FSG BMHS künftig mit vier statt bisher zwei Mandaten vertreten ist.** Dieses Ergebnis stärkt unsere Mitgestaltungsmöglichkeiten und unterstreicht das Vertrauen in die Arbeit der FSG BMHS.

Weiters standen die erweiterte Bundeleitung sowie die Bundesfachgruppenleitung der HAKs zur Wahl.

Darüber hinaus wurden zahlreiche wichtige Anträge behandelt, die die Arbeit der Bundesleitung in den kommenden Jahren prägen werden.

Themen waren unter anderem die stärkere Unterstützung von Lehrer:innen durch multiprofessionelle Teams, die Einführung des Zeitkontos im Pädagogischen Dienst, die Unterbrechung des Zeitkontos bei längeren Krankenständen sowie eine bessere Information von Kolleg:innen bei möglichen Rückzahlungen durch Übergenesse.

Ebenso wurden finanzielle Verbesserungen des mittleren Managements, zusätzliche Ressourcen für

IT-Betreuung, höhere Schulbudgets für Fortbildungen und Reisekosten sowie eine bessere Abgeltung bei mehrtägigen Schulveranstaltungen thematisiert.

Diese Beispiele zeigen die Vielzahl an Herausforderungen, für die sich die Bundesleitung BMHS in den kommenden Jahren einsetzen wird.

Die intensive inhaltliche Arbeit und der konstruktive Austausch zeigen einmal mehr, wie wichtig gemeinsame Positionen und ein starkes gemeinsames Auftreten als Interessenvertretung sind.

Wir freuen uns auf die kommende Zusammenarbeit im Gremium der Bundesleitung und darauf, die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen weiterhin engagiert zu vertreten.



Mag.ª Sabine Knaus ist stv. Vorsitzende in der LL Stmk und Mitglied der Bundesleitung 14-BMHS (GÖD)

